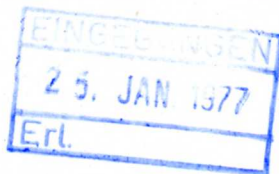


SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

SPD-ORTSVEREIN HILTRUP - Der Vorstand -



~~4403 Hiltrup~~
~~Bahnhofstraße 76~~
Telefon: 02501/4291

4400 Münster-Hiltrup

Marktallee 75

den 23. 1. 1977

An den
Vorstand der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands

5300 B o n n

1. Vermerk:
Beschluß des OV-Vorstandes
vom 20.1.1977

2. Kopie dem
Vorstand des UB Münster
zur Kenntnis. /do

Liebe Genossinnen, liebe Genossen!

Den nebenstehenden Zeitungsartikel haben wir mit Befremden zur Kenntnis genommen.

Sollte es wirklich dazu kommen, daß ein Mann wieder in die SPD aufgenommen wird, der der Partei so großen Schaden zugefügt hat, wissen wir nicht, wie wir die augenblickliche Austrittswelle aufhalten können, die zweifellos insbesondere durch die recht merkwürdigen Verlautbarungen zur Rentensanierung im Dezember 1976 ausgelöst wurde, und die unser Bemühen um eine bessere Vertrauensarbeit für lange Zeit erheblich gestört haben. +)

Wir fordern Euch auf, bei einem evtl. Antrag des Ex-Genossen Schiller um Wiederaufnahme in die SPD die sicher vorhandenen früheren Verdienste sehr genau gegen den erheblichen Schaden, den er der Partei zugefügt hat, abzuwägen und erst danach die Entscheidung zu treffen.

Nach unserer Auffassung kann einer Wiederaufnahme in die SPD nicht zugestimmt werden.

Schiller zur SPD zurück

Bonn (dpa). Der frühere Wirtschafts- und Finanzminister Prof. Karl Schiller will nach seiner Wiederannäherung an die SPD offenbar in Kürze auch wieder Mitglied der Partei werden. Schiller, der zur Zeit als Wirtschaftsberater der Regierung von Saudi-Arabien und als Berater des Springer-Verlages tätig ist, hatte sich vor den Bundestagswahlen in einer von der SPD-Spitze mit Aufmerksamkeit und Wohlwollen registrierten Rede vor der Friedrich-Ebert-Stiftung lobend über die Wirtschaftspolitik der sozial-liberalen Koalition geäußert. Ein Amt in der SPD oder in der Regierung strebt Schiller dem Vernehmen nach nicht an.

"Münstersche Zeitung" 18. 1. 1977

Mit freundlichen Grüßen

(Theodor Dopheide)

Vorsitzender

SPD

+) Die heute bekanntgewordenen Pläne, das Jahr 1974 aus der Rentenberechnung zu streichen und damit die Renten weniger steigen zu lassen, wird uns auch nicht gerade als Einhaltung des Wahlversprechens ausgelegt werden. /do